

Die glorreichen Vier

MINT-Arbeitsmarkt. Wer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik studiert, kann auf einen sicheren Arbeitsplatz und vergleichsweise gute Bezahlung hoffen. Ähnliches gilt für beruflich qualifizierte MINT-Kräfte.

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Studienanfänger in den MINT-Fächern gestiegen. Jedes Jahr verlassen mehr als 100.000 MINT-Akademiker die deutschen Hochschulen (Kasten Seite 2). Gleichzeitig wandern mehr ausländische Akademiker mit diesem Abschluss ein.

Diese Trends wurden auch durch die guten Arbeitsmarktperspektiven

für MINT-Kräfte ausgelöst. So haben diese häufig einen unbefristeten Arbeitsvertrag und sind zu einem großen Teil vollzeitbeschäftigt (vgl. iwd 28/2014). Und nicht zuletzt erweisen sich die in einem MINT-Studium erworbenen Kompetenzen als karrierefördernd:

Im Jahr 2012 bekleideten 39 Prozent der MINT-Akademiker eine lei-

tende Position – aber nur 34 Prozent der übrigen Akademiker.

Wer MINT studiert oder eine entsprechende duale Ausbildung absolviert hat, hat noch andere Vorteile:

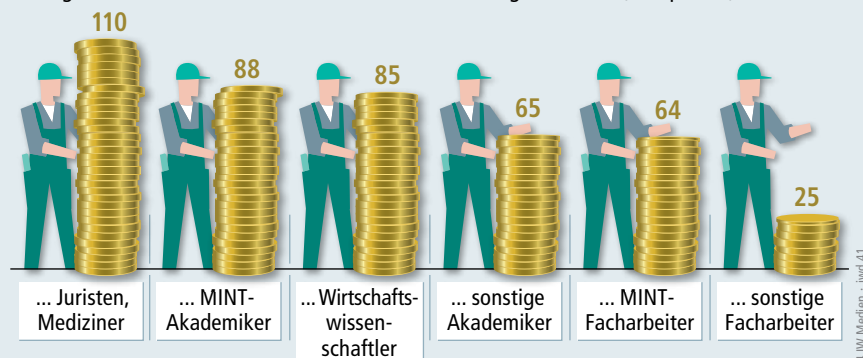
Verdienst. Der durchschnittliche Bruttomonatslohn eines vollzeiterwerbstätigen MINT-Akademikers betrug 2012 rund 5.000 Euro – im Schnitt kamen Akademiker auf 4.700 Euro. Gehaltsvorteile zeigen sich auch, wenn man die sogenannte Lohnprämie betrachtet – das ist der prozentuale Vorsprung beim Bruttostundenlohn gegenüber Arbeitnehmern ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder ohne Abitur (Grafik). Demnach erzielten MINT-Akademiker im Jahr 2012 eine Lohnprämie von 88 Prozent.

Auch MINT-Facharbeiter verdienen meist deutlich besser als andere beruflich qualifizierte Fachkräfte.

Arbeitslosigkeit. Für MINT-Akademiker und -Facharbeiter ist das kein Thema – sie werden sogar händelnd gesucht. Ein Indiz für den Fachkräfteengpass sind die einschlägigen Arbeitslosenquoten. Diese →

MINT lohnt

So viel Prozent pro Stunde mehr verdienen ...
im Vergleich zu einem Arbeitnehmer ohne Berufsausbildung und Abitur (Lohnprämie)



Stand: 2012

MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 41

Inhalt

Pflegeversicherung. Um die Lücke zu schließen, ist ein Umbau der Pflegekassen in Richtung Kapitaldeckung notwendig. Seite 3

Immobilien. Das IW Köln hat einen Preisindex entwickelt, der das Auf und Ab der Gewerbmieten zeigt. Seite 4

Europäische Union. Der Rat der EU entscheidet ab November nach einem neuen Mehrheitsprinzip, das sich an der Bevölkerungsgröße orientiert. Seite 5

Bankenprüfung. Die EZB veröffentlicht in den nächsten Tagen die Ergebnisse des Bankenstresstests. Seite 6

Max-Weber-Preis. In diesem Jahr überzeugte eine Doktorarbeit über Entwicklungshilfe. Seite 7

Pharmaindustrie. Eine Studie des IW Köln zeigt, was Pharmaunternehmen bei der Standortwahl wichtig ist. Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ liegen bundesweit bei 2,7 Prozent für MINT-Akademiker und 2,9 Prozent für MINT-Facharbeiter und -Spezialisten – und damit auf Vollbeschäftigungsniveau. Nur die Region Berlin/Brandenburg schert hier aus – trotzdem ist auch dort die Arbeitslosenquote von MINTlern nicht einmal halb so hoch wie im Schnitt aller Berufe (Grafik unten).

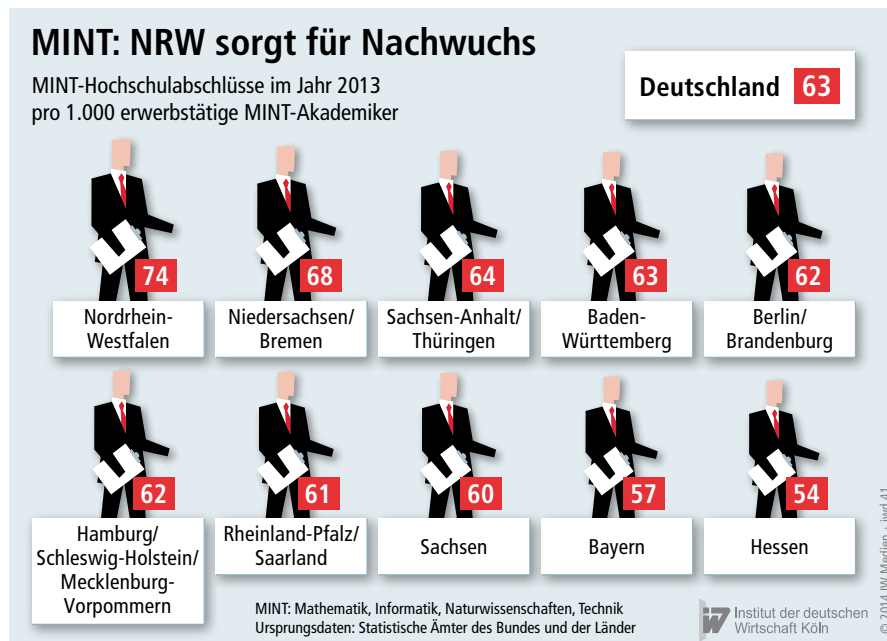
Um Engpässe in den akademischen MINT-Berufen zu beseitigen, legen sich die Bundesländer unterschiedlich stark ins Zeug. Noch am besten sorgt NRW für Nachwuchs (Grafik oben):

An Rhein und Ruhr kamen zuletzt 74 akademische MINT-Abschlüsse auf 1.000 erwerbstätige MINT-Akademiker.

NRW verdankt diese Spitzenstellung nicht zuletzt seiner renommierten technischen Hochschule in Aachen, die jedes Jahr rund 7.000 MINT-Abschlüsse zählt.

Ausbildungs-Schlusslichter sind hessische und bayerische Hochschulen. Sie haben 2013 je 1.000 erwerbstätige MINT-Akademiker lediglich 54 bzw. 57 MINT-Abschlüsse hervorgebracht – zu wenig, um den Bedarf in den beiden Bundesländern zu decken.

Würden andere Länder nicht über Bedarf ausbilden, hätten hessische und bayerische Unternehmen das Nachsehen. Denn die beiden Bundesländer, die aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur überdurchschnittlich viele Jobs bieten, sind die größten Nettoimporteure von MINTlern. NRW und Niedersachsen/Bremen fungieren indes als Nettoexporteure.

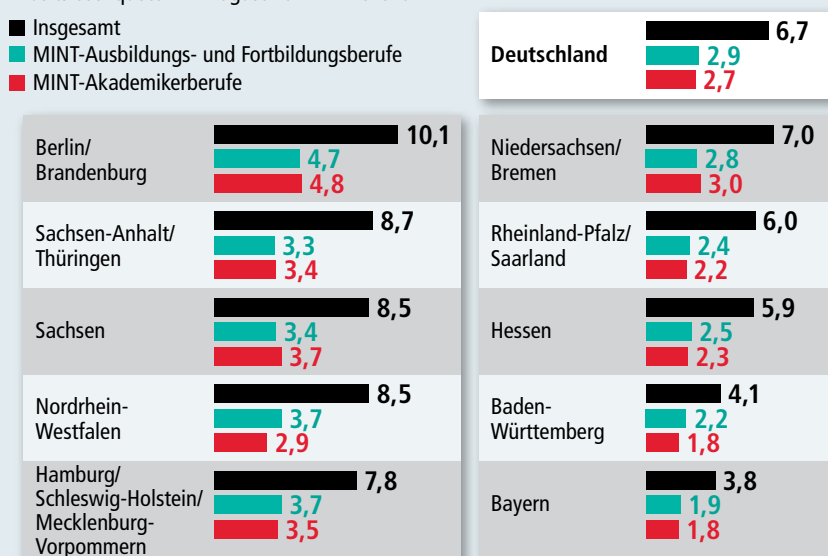


Christina Anger, Oliver Koppel, Axel Plünnecke: MINT-Herbstreport 2014
iwkoeln.de/herbstreport_2014

Arbeitslosigkeit: In MINT-Berufen kein Thema

Arbeitslosenquoten im August 2014 in Prozent

- Insgesamt
- MINT-Ausbildungs- und Fortbildungsberufe
- MINT-Akademikerberufe




Abschluss ≠ Absolvent

Nicht jeder Abschluss, der von der Hochschulstatistik ausgewiesen wird, entspricht auch einem Absolventen. Denn die Statistik enthält Doppel- und Dreifachzählungen. Ein MINT-Akademiker, der 2006 einen Bachelorabschluss, 2009 einen Masterabschluss und 2013 eine Promotion erworben hat, taucht gleich dreimal in der Statistik auf – dem Arbeitsmarkt steht er aber nur einmal zur Verfügung.

De facto haben im Jahr 2013 rund 108.700 Personen ein MINT-Erststudium an deutschen Hochschulen abgeschlossen, während die Prüfungsstatistik für dasselbe Jahr 158.561 Abschlüsse verzeichnet. Die tatsächliche Ausbildungsleistung wird durch die Fallzählung folglich um knapp die Hälfte überschätzt.

Heimpflege umbauen

Pflegeversicherung. Die Bundesregierung will die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung ausweiten. Doch auch ohne Zusatzleistungen drohen schon heute Milliardenlöcher. Dringend notwendig ist daher ein Teilumbau der Pflegekassen in Richtung Kapitaldeckung. 

Ab 2015 sollen die Pflegekassen zusätzliche Leistungen anbieten – so können Pflegeheime mehr Personal einstellen und die Versorgung Demenzkranker wird verbessert. All das kostet, deshalb will die Bundesregierung gleichzeitig den Beitragssatz um 0,3 Prozentpunkte anheben.

Das aber wird nicht reichen, um die Pflegeversicherung mittel- und langfristig sturmsicher zu machen – dafür sorgt die steigende Zahl älterer Menschen. Eine Simulation des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt (Grafik):

Bereits im Jahr 2030 übersteigen die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung ihre Beitragseinnahmen selbst unter optimistischen Annahmen um 1,7 Milliarden Euro.

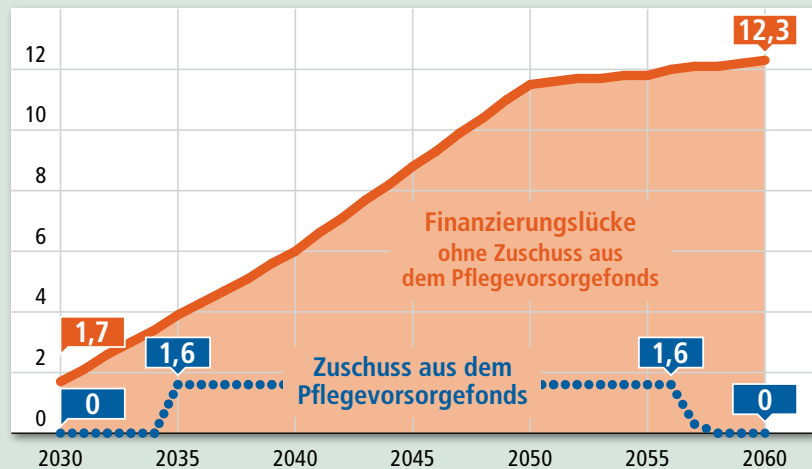
Ab 2050 klaffen dann jährliche Finanzlücken von 11 Milliarden Euro und mehr. Das heißt: Soll allein das heutige Leistungsniveau gehalten werden, müssen die Beiträge kräftig steigen.

Die Bundesregierung setzt dagegen auf den Pflegevorsorgefonds:

- **Von 2015 bis 2034** wird ein Zehntelpunkt des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung für den Aufbau eines Kapitalstocks abgezweigt.
- **Ab 2035** wird dieser Puffer genutzt, um die Beitragssätze in Schach zu halten – so der Plan.

Pflegeversicherung: Desaster mit Ansage

in Milliarden Euro



Pflegevorsorgefonds: Simulation unter der Annahme, dass die Verzinsung des Fondskapitals um 2 Prozentpunkte über dem Wachstum der beitragspflichtigen Einkommen liegt; jährlicher Zuschuss: gleichbleibende Raten in Höhe von 1,6 Milliarden Euro (5 Prozent des im Jahr 2034 erreichten Kapitals); Ursprungsdaten: Bundesministerium für Gesundheit, Bundesregierung, Bundesversicherungsamt, Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwvd 41

Das IW Köln hat berechnet, dass dieser Fonds erstens viel zu klein dimensioniert ist. Denn selbst wenn das Kapital besser verzinst würde und die Älteren gesünder wären als heute, würden die Gelder aus dem Fonds 2040 nur ein Viertel der Finanzierungslücke schließen. Zweitens ist der Fonds genau dann geplündert, wenn die demografische Lücke am weitesten aufreißt.

Grundsätzlich ist der Gedanke aber richtig, dass die soziale Pflegeversicherung nur dann nachhaltig finanziert werden kann, wenn ein Kapitalstock aufgebaut wird. Denn der Kern des Problems liegt im derzeitigen Umlageverfahren. Gibt es mehr alte Menschen, steigt automatisch die Beitragslast für die Jüngeren. Spart dagegen jede Generation für sich selbst, verschieben sich die Lasten nicht auf die nachfolgenden Jahrgänge.

Anders als beim Pflegevorsorgefonds muss die Kapitaldeckung jedoch auf eine solide Grundlage gestellt werden. Das IW Köln schlägt deshalb ein zweites Standbein für die soziale Pflegeversicherung vor: eine

kapitalgedeckte Versicherung für die stationären Pflegekosten – denn die sind besonders hoch:

Mehr als 40 Prozent der Ausgaben gehen auf das Konto der stationären Pflegekosten – im Jahr 2013 waren das 10 Milliarden Euro.

Diese Kosten wären in einer kapitalgedeckten Versicherung besser aufgehoben. Denn so sammelt jede Generation Kapital an und löst es dann auf, wenn sie es selbst braucht. Im Gegensatz zum Pflegefonds sorgen die Versicherten zudem dauerhaft vor.


Für eine solche Reform wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, denn noch sind die Babyboomer nicht im pflegenahen Alter und wären in der Lage, für einen Teil ihrer Pflegekosten selbst vorzusorgen.



IW-Analysen Nr. 99

Susanna Kochskämper, Jochen Pimpertz: Finanzierung des Pflegefallrisikos – Reformperspektiven im demografischen Wandel, Köln 2014, 56 Seiten, 14,90 Euro
Versandkostenfreie Bestellung unter: iwmedien.de/bookshop

Büromieten steigen immer, Ladenmieten oft

Immobilien. Wie entwickeln sich die Mieten von Gewerbeflächen? Um diese Frage zu beantworten, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) gemeinsam mit ImmobilienScout24 einen neuen Preisindex entwickelt, der das Auf und Ab der Gewerbemieten beschreibt. 

Dass das Wohnen in München besonders teuer ist und in Dortmund eher günstig, weiß eigentlich jeder. Aber sobald es um Gewerbemieten geht, sind selbst Immobilienfische oft ganz leise. Dafür gibt es einen triftigen Grund: Es fehlt schlicht und einfach an verlässlichen Daten.

Diese Informationslücke schließt nun das IW Köln, das einen Mietpreisindex speziell für Gewerbe-Immobilien entwickelt hat – den GIMX (Kasten). Er umfasst die Büro- und Einzelhandelsflächen in den zwölf größten deutschen Städten und basiert auf Daten von Inse-

raten bei ImmobilienScout24. Die größten Bewegungen gab es demnach in Hamburg (Grafik):

Zwischen 2008 und 2013 stieg der GIMX für Hamburger Büroflächen um fast 24 Prozent, der Teilindex für Einzelhandelsflächen sogar um annähernd 26 Prozent.

Ursache dafür ist einerseits die überproportional steigende Beschäftigung in Büroberufen, andererseits profitiert der Hamburger Einzelhandel von der stetig wachsenden Bevölkerung. Die Hansestadt ist die zweitgrößte deutsche Großstadt, und ihre Bewohner haben das höchste Einkommen unter den sieben bedeutendsten Wirtschaftsstandorten in Deutschland (sogenannte A-Städte).

Eine ähnlich hohe Kaufkraft haben die Münchner. Die bayerische Landeshauptstadt profitiert zudem von einer steigenden Nachfrage ausländischer Filialisten nach Einzelhandelsflächen. All das hat auch die

Mieten für Einzelhandelsimmobilien in München nach oben getrieben (plus 15 Prozent).

Grundsätzlich kann man sagen, dass die Gewerbemieten insgesamt in allen großen Städten gestiegen sind – nur die Mieten für Einzelhandelsflächen in Essen, Leipzig und Dresden gaben nach. Auch die Büroflächen haben sich nicht flächendeckend rasant verteuert, in Frankfurt etwa sind sie nur geringfügig gestiegen. Diese Entwicklung lässt sich auf die Finanzkrise zurückführen: So sanken die Mieten für Büroflächen zwischen 2008 und 2011 am Main um mehr als 13 Prozent.



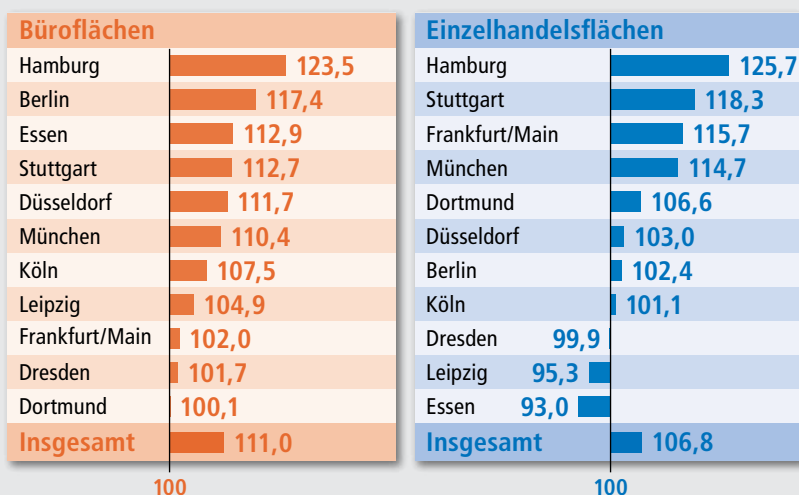
aus IW-Trends
3/2014

Phillip Deschermeier,
Björn Seipelt, Michael Voigtländer: Mietpreisentwicklung von Gewerbeimmobilien in deutschen Großstädten

iwkoeln.de/gimx

Gewerbe-Immobilien-Index: Teures Hamburg

Veränderung der Gewerbemieten in den größten deutschen Städten zwischen 2008 und 2013, 2008 = 100



Insgesamt: inklusive Bremen
Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, ImmobilienScout24

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 41

Der GIMX

Anders als bei herkömmlichen Marktbeobachtungen im Gewerbe-Immobiliensegment, die häufig nur Informationen über Flächen ab 200 Quadratmeter Nutzfläche enthalten, berücksichtigt der GIMX auch den kleinteiligen Gewerbe-Immobilienmarkt. Zudem fließen in den neuen Mietpreisindex auch die unterschiedlichen Qualitäten der Immobilien mit ein: angefangen von geografischen Merkmalen wie der Entfernung zum Hauptbahnhof über das Baujahr, den Objektzustand und die Art der Heizung bis hin zu Angaben über das Segment, in dem die Immobilie angeboten wird, etwa als Bürohaus oder Einkaufszentrum.

Die doppelte Quote

Europäische Union. Ab November 2014 werden Entscheidungen im Rat der EU nach einem neuen Mehrheitsprinzip gefällt. Dabei bekommt vor allem die Bevölkerungsgröße der einzelnen Mitgliedsländer ein größeres Gewicht.

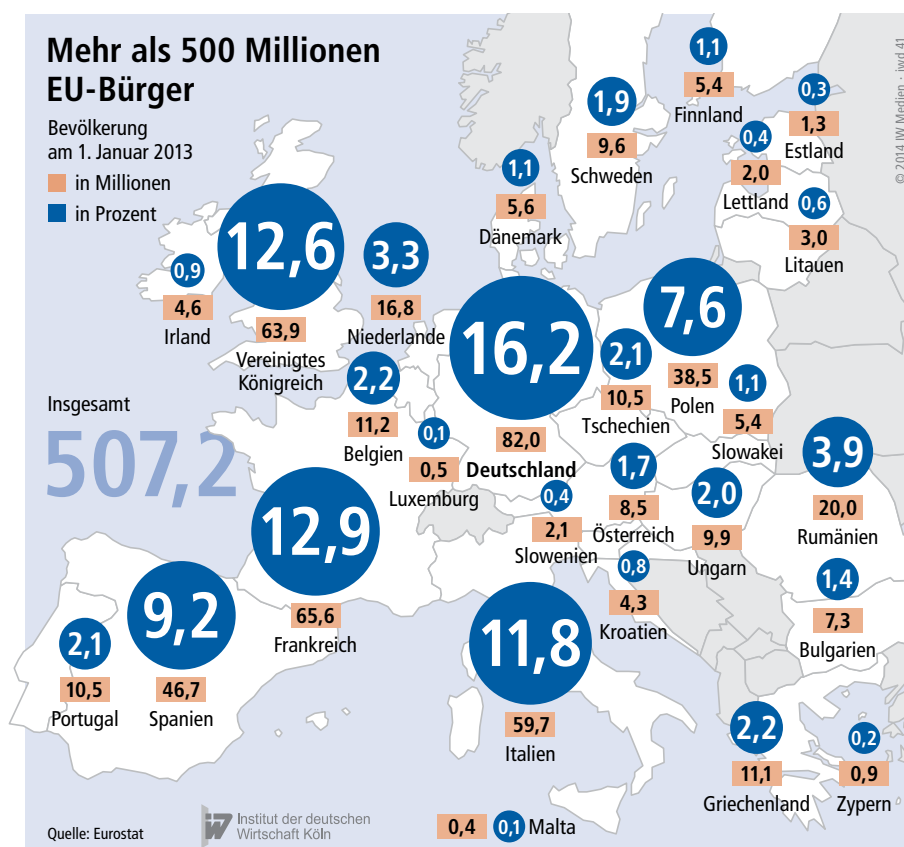
Wenn die Medien in letzter Zeit über die Institutionen der EU berichteten, ging es meist um die Köpfe in der neu besetzten Europäischen Kommission, die am 1. November die Arbeit aufnimmt.

Am selben Tag tritt aber noch eine andere wichtige Änderung im EU-Apparat in Kraft. Künftig gilt im Rat der Europäischen Union (Kasten) ein neues Abstimmungsverfahren, das bereits im Jahr 2007 im Rahmen des Vertrags von Lissabon beschlossen wurde.

Derzeit muss, um etwa eine Richtlinie zu verabschieden, im Rat nicht nur die einfache Mehrheit der Mitgliedsstaaten zustimmen. Zusätzlich braucht es die Majorität von 260 der insgesamt 352 Stimmen. Wie viele Stimmen ein Land hat, richtet sich prinzipiell nach dessen Größe – so hat Deutschland 29 Stimmen, Österreich 10 und Malta 3. Allerdings kommen die zehn kleinsten EU-Staaten zusammen auf einen Stimmenanteil von 14,5 Prozent, obwohl in ihnen nur 4,8 Prozent der EU-Bevölkerung leben.

Das neue Entscheidungsverfahren soll klarer sein und die Bevölkerungsgröße besser berücksichtigen:

Ab November 2014 gilt im Rat der EU das Prinzip der doppelten Mehrheit – dafür sind 55 Prozent der Mitgliedsstaaten erforderlich, die zudem



65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren müssen.

Ganz so simpel laufen die Dinge in Brüssel dann aber doch nicht. Denn die kleineren Länder haben eine Sperrminorität von mindestens vier Mitgliedsstaaten durchgesetzt. Ansonsten könnten nämlich die großen Drei – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – mit ihrem Bevölkerungsanteil von zusammen fast 42 Prozent (Grafik) jedes Gesetz auf EU-Ebene blockieren. Die Sperrminorität bedeutet aber umgekehrt:

Der Rat der EU kann auch Beschlüsse fassen, ohne dass die 65-Prozent-Mehrheit der EU-Bevölkerung erreicht ist.

Noch komplizierter wird die Sache dadurch, dass eine Gruppe von Ländern, die der Sperrminorität nahekommt, den Aufschub einer Abstimmung verlangen kann.

Offenbar trauen die EU-Staaten der neuen Regelung ohnehin nicht

so recht – jedenfalls gilt von November 2014 bis Ende März 2017 eine Übergangsfrist, innerhalb derer jedes Mitglied im Rat eine Abstimmung nach dem bisherigen Verfahren verlangen kann.

Rat der Europäischen Union

In diesem EU-Organ treten die jeweiligen Fachminister aller Mitgliedsstaaten zusammen, um ihre Politik zu koordinieren. Sind zum Beispiel Fragen zum Gewässerschutz zu klären, nehmen die Umweltminister an der Ratstagung teil. Zu den Aufgaben des Rats gehört es vor allem, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament die Rechtsvorschriften der EU zu verabschieden und deren Haushaltsplan zu genehmigen. Die Tagungen des Rats leitet in der Regel der zuständige Minister desjenigen Landes, das gerade den Vorsitz im Rat innehat. Im zweiten Halbjahr 2014 ist dies Italien, von Januar bis Juni 2015 übernimmt Lettland.

Der Stress mit dem Test

Bankenprüfung. In wenigen Tagen wird die Europäische Zentralbank die Ergebnisse ihres Bankenstresstests veröffentlichen. Es wird wohl einige schwarze Schafe geben, im Großen und Ganzen aber dürfte das Urteil über die rund 130 größten Geldhäuser Europas positiv ausfallen.

Nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) bereits die Bilanzen der Banken des Euroraums unter die Lupe genommen und deren Vermögenswerte neu bewertet hat (vgl. iwD 13/2014), steht nun die dritte und wichtigste Stufe der Bankenprüfung an: der Stresstest.

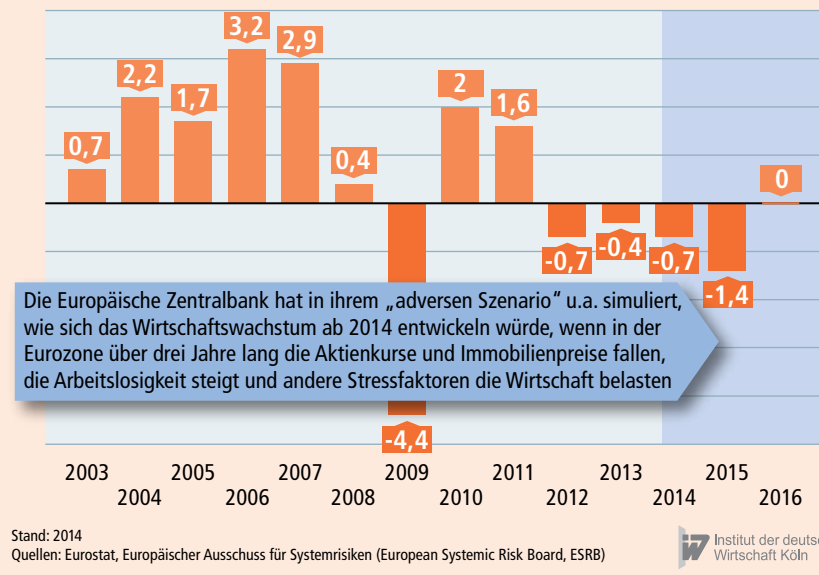
Die Ergebnisse werden auch deshalb mit Hochspannung erwartet, weil die portugiesische Bank Espirito Santo im Juli 2014 ziemlich überraschend Insolvenz anmelden musste – und damit die Ängste vor einer erneuten Finanzkrise wieder aufleben ließ.

Zwar hat sich die Solidität der europäischen Geldhäuser seit der Finanzkrise deutlich verbessert, aber vor allem der noch immer hohe Bestand an notleidenden Krediten sorgt dafür, dass die Märkte dem Bankensektor nach wie vor skeptisch gegenüberstehen.

Die EZB ist sich der schwierigen Lage bewusst. Soll das Vertrauen in die Finanzbranche zurückkehren, darf der neue Stresstest nicht die alten Fehler wiederholen: In den Jahren 2010 und 2011 hatte die Europäische Bankenaufsicht EBA den meisten Banken – auch auf politischen Druck hin – bescheinigt, weitgehend gesund zu sein. Kurz darauf gerieten einige Banken in

Die Eurozone im Stresstest

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent in der Eurozone



arge Schwierigkeiten – die belgisch-französische Dexia zum Beispiel musste Ende 2011 aufgespalten werden, um überhaupt zu überleben.

Der neue Stresstest simuliert unter anderem, wie sich das Wirtschaftswachstum in der Eurozone entwickeln würde, wenn drei Jahre lang die Aktienurse und Immobilienpreise fallen, die Arbeitslosigkeit steigt und andere Stressfaktoren die Unternehmen belasten.

Die EZB testet nun, wie sich die Banken in solch einer Situation schlagen – ob sie dann zum Beispiel noch genug Eigenkapital haben, um die Krise zu überstehen. Dabei korrigieren die Währungshüter einige Versäumnisse der letzten Stresstests. Staatsanleihen zum Beispiel werden strenger untersucht – eine Reaktion auf die Kritik, dass die Papiere nicht ausreichend berücksichtigt wurden, obwohl ihr Gewicht in den Bankbilanzen zugenommen hatte.

Zusätzlich haben die Notenbanker außerbilanzielle Risiken im Blick. Dazu gehören vor allem Garantien für bestimmte Finanzprodukte, die zwar nicht mehr in den

Bilanzen der Banken auftauchen, weil sie bereits verkauft sind. Aufgrund der Garantien bestehen die Risiken aber fort und können auf die Banken zurückfallen.

Kritik am Stresstest. Auch der aktuelle Stresstest hat bereits Skeptiker auf den Plan gerufen. Sie werfen der EZB unter anderem vor, ihr Negativszenario sei viel zu moderat ausgefallen (Grafik):

Im EZB-Szenario geht das Bruttoinlandsprodukt der Eurozone im schlimmsten Jahr um 1,4 Prozent zurück – im Krisenjahr 2009 betrug das Minus allerdings 4,4 Prozent.

Außergewöhnliche Szenarien, wie ein Stopp der Gaslieferungen durch Russland, bleiben im Stresstest ebenfalls außen vor.

Grundsätzlich aber ist der Stresstest, der aktuell noch läuft, solide konzipiert und die meisten Banken sind gut vorbereitet. Dass die europäischen Geldhäuser nun gezwungen werden, ihre Bilanzen aufzuräumen und mögliche Löcher zügig zu stopfen, ist entscheidend für die Gesundung der Wirtschaft in der Eurozone.

Optimierte Entwicklungshilfe

Max-Weber-Preis. Zum elften Mal hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) gemeinsam mit dem Kuratorium und dem Stifter Klaus Tesch herausragende Forschungsarbeiten zur Wirtschaftsethik ausgezeichnet. In diesem Jahr überzeugte eine Doktorarbeit über Entwicklungshilfe.

Unter dem Motto „Verantwortung der Unternehmen – für eine Kultur der Mitverantwortung“ wurde am 9. Oktober in Berlin der diesjährige Max-Weber-Preis für Wirtschaftsethik verliehen – an Christof Altmann für seine Dissertation zur „Entwicklungskonkurrenz“. Altmann hat ein neues Konzept für die Vergabe von Entwicklungshilfegeldern entwickelt, das Demokratieförderung und Armutsbekämpfung einschließt.

Im Idealfall sollen die Industrieländer schon heute nicht bloß Geld für die Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen, sondern diese Mittel möglichst effektiv einsetzen. Konkret geht es darum, in den armen Ländern den Hunger zu bekämpfen, einen wirtschaftlichen Aufschwung zu fördern sowie politische Stabilität und demokratische Strukturen zu festigen.

Im Jahr 2013 stellten allein die Geberländer der OECD dafür fast 135 Milliarden Dollar zur Verfügung.

Im Durchschnitt entspricht diese Summe 0,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der Geberländer (Grafik). Die EU-Länder kommen auf eine Quote von 0,42 Prozent, was immer noch weit ent-

fernt ist von den im Jahr 2000 gefassten Beschlüssen:

Nach den UN-Millenniumszielen müssten die EU-Staaten 0,7 Prozent ihres BNE für Entwicklungshilfe ausgeben.

Doch nicht nur um die angemessene Höhe der Gelder wird gestritten, auch um die Verwendung. Die Millenniumsziele werden längst nicht immer befolgt, oft versickert die Entwicklungshilfe auf dem Weg zu den Bedürftigen oder Geld kommt korruptionsbedingt nicht dort an, wo es eigentlich hin soll.

Das Konzept der Entwicklungskonkurrenz des diesjährigen Max-Weber-Preisträgers Altmann kann insofern Abhilfe schaffen, als es mehr Wettbewerb in die Vergabemodalitäten bringt: So sollten sich die Entwicklungsländer konkret um Hilfgelder bewerben – und das Geld, das etwa in einem Topf für „Demokratieförderung“ liegt, bekämen dann nur noch jene Länder zugesprochen, die zum Beispiel messbare Reformfolge in der Rechtsstaatlichkeit erzielt haben.

Im Idealfall soll solch ein „Wettstreit“ der Empfängerländer dafür sorgen, dass die dortigen Entscheidungsträger einen stärkeren Anreiz haben, nach Demokratisierungspotenzialen zu suchen. Davon wiederum würden auch die Menschen in den Entwicklungsländern profitieren: Sie erhalten, so wie auch jetzt schon, Entwicklungshilfegelder bzw. Hilfsleistungen, zusätzlich aber profitieren sie von den Reformfortschritten in ihrem Land.

Um das Ganze möglichst nachhaltig zu gestalten, sieht das Kon-

135 Milliarden Dollar für die Ärmsten

So viele Millionen Dollar stellten diese Länder für die Entwicklungshilfe im Jahr 2013 zur Verfügung

■ in Prozent des Bruttonationaleinkommens

N	5.581	1,07
S	5.831	1,02
L	431	1,00
DK	2.928	0,85
UK	17.881	0,72
NL	5.435	0,67
FIN	1.435	0,55
CH	3.198	0,47
B	2.281	0,45
IRL	822	0,45
F	11.376	0,41
D	14.059	0,38
AUS	4.851	0,34
A	1.172	0,28
CDN	4.911	0,27
NZ	461	0,26
IS	35	0,26
J	11.786	0,23
P	484	0,23
USA	31.545	0,19
I	3.253	0,16
E	2.199	0,16
ROK	1.744	0,13
GR	305	0,13
SLO	60	0,13
CZ	212	0,11
PL	474	0,10
SK	85	0,09
Insgesamt	134.838	0,30


NZ: Neuseeland, IS: Island, ROK: Südkorea; vorläufige Werte; Länder: nur Mitgliedsländer des Entwicklungshilfesausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
Quelle: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 41

zept der Entwicklungskonkurrenz vor, dass die Auszahlungen der Entwicklungshilfe in Tranchen erfolgen und im Fall von Rückschritten auch wieder entzogen werden.

Innovative Nachbarn gefragt

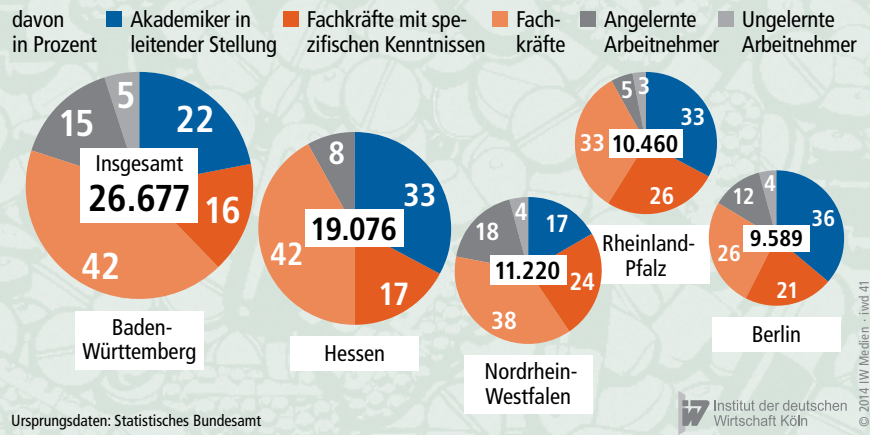
Pharmaindustrie. Viele Politiker in den Ländern und Kommunen würden die Ansiedlung von Pharmaunternehmen in ihrer Region begrüßen. Eine Studie des IW Köln gibt Hinweise darauf, was die Firmen bei ihrer Standortwahl beachten – unter anderem die Industriestruktur und den Bildungsstand der Bevölkerung vor Ort. 

Weil die Pharmabranche kräftig wächst, treibt sie in den Regionen, wo sie angesiedelt ist, die Wirtschaft an und schafft krisenfeste Arbeitsplätze. Derzeit ist diese Industriesparte in fünf Bundesländern besonders stark vertreten (Grafik):

In Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Berlin zählte die Pharmaindustrie 2011 insgesamt 77.000 Mitarbeiter – das waren fast drei Viertel aller Pharmabeschäftigten in Deutschland.

Pharmaindustrie: Jobs nicht nur für Experten

Beschäftigte in der pharmazeutischen Industrie im Jahr 2011 in den fünf Bundesländern, in denen die Branche am stärksten vertreten ist



Dass die Branche gerade in diesen Ländern Flagge zeigt, hat teils historische Gründe – Bayer zum Beispiel produziert schon seit 150 Jahren an Standorten in NRW.

Darüber hinaus profitieren die starken Pharmaregionen aber auch von aktuell guten Standortbedingungen – etwa von der engen Anbindung an andere forschungsintensive Industrien. So sind in der Nähe der Pharmafirmen zumeist auch viele Unternehmen der Chemiebranche, des Maschinenbaus und/oder der Biotechnologie angesiedelt.

Ein weiterer wichtiger Standortfaktor ist das Ausbildungsniveau vor Ort. Dennoch gibt es laut IW-Studie nur einen begrenzten Zusammenhang zwischen dem Akademikeranteil in der Bevölkerung eines Bundeslands und dem dortigen Stellenwert der Pharmaindustrie.

Dazu passt, dass die Unternehmen der pharmazeutischen Industrie

nicht überall vorrangig auf Akademiker setzen (Grafik):

Während zum Beispiel in Berlin rund jeder dritte Pharmabeschäftigte einen Hochschulabschluss hat, ist es in NRW nur etwa jeder sechste.

Eine naheliegende Erklärung: Arzneimittel werden von den Pharmafirmen erforscht, produziert und vertrieben. Dies geschieht aber längst nicht immer an ein und demselben Standort. Entsprechend unterscheiden sich auch die Qualifikationsanforderungen an die Mitarbeiter in den jeweiligen Betrieben.

Adressaufkleber



aus IW-Trends 3/2014

Jasmina Kirchhoff: Regionale Beschäftigungsstruktur wissensintensiver Industrien am Beispiel der Pharmabranche
iwkoeln.de/pharmaindustrie

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504

E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de

Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
 SCHAFFT KOMPETENZ.